WP-03-497 Ein Land der Chancen

Antragsteller*in: Samy Charchira (KV Düsseldorf)

Änderungsantrag zu WP-03

Von Zeile 496 bis 498 einfügen:
Radikalisierungsprävention und rassismuskritische Aufklärungsarbeit etablieren wir verbindlich in den Schulen des Landes. Wir führen ab Klasse 7 verbindlich eine demokratische Streitkultur ein, zum Beispiel durch Debattierformate und gestärkte Schülervertretungen, und entwickeln einen landesweiten Lehrplanbaustein zur phänomenübergreifenden Extremismusprävention. Lehrkräfte, Sozialarbeiterinnen und Erzieherinnen qualifizieren wir mit einer landesweiten Fortbildungsoffensive und einem Casemanagement-Verfahren für den Umgang mit religiös begründetem Extremismus, einschließlich Supervision für betroffene Fachkräfte. Wir vermitteln im Unterricht, wie religiöse Inhalte im digitalen Raum manipuliert und instrumentalisiert werden. Entsprechende Inhalte nehmen wir in die Fort- und Weiterbildungsplanung auf, damit Lehrkräfte durch regelmäßige

Begründung

Gelebte Demokratie ist die beste Prävention gegen Radikalisierung. Extremistische Ideologien sind dort anschlussfähig, wo junge Menschen erleben, dass ihre Stimme nicht zählt, dass Konflikte nicht ausgehalten werden oder dass einfache Weltbilder mehr Orientierung bieten als offene Diskussionen. Schulen sind der einzige Ort, an dem nahezu alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden, unabhängig von Herkunft, Religion oder sozialem Hintergrund. Deshalb ist die Schule der zentrale Ort, um Demokratie nicht nur zu lehren, sondern zu praktizieren.

Eine verbindlich verankerte Streitkultur ab Klasse 7 trifft Jugendliche in der Lebensphase, in der Identitäts- und Wertefragen besonders virulent werden. Debattierformate und starke Schülervertretungen vermitteln Fähigkeiten, die gegen fundamentalistische Deutungsangebote immunisieren: Perspektivwechsel, Argumentieren statt Abwerten, Ambiguitätstoleranz und das Erlebnis, dass Meinungsverschiedenheiten ohne Gewalt und ohne Ausgrenzung ausgetragen werden können.

Ein landesweit einheitlicher Lehrplanbaustein sorgt dafür, dass Extremismusprävention nicht von der Initiative einzelner Schulen oder engagierter Lehrkräfte abhängt. Er erkennt demokratiefeindliche Narrative unabhängig von ihrer ideologischen Herkunft, ob islamistisch, rechtsextrem, christlich-fundamentalistisch oder verschwörungsideologisch, und benennt die gemeinsamen Muster: Abwertung anderer, Absolutheitsansprüche, Feindbilder und die Ablehnung von Pluralität. Das vermeidet die Stigmatisierung einzelner Gruppen und stärkt zugleich die Erkennungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler.

Fundamentalistische Angebote erreichen junge Menschen heute vor allem im digitalen Raum, wo religiöse Inhalte verkürzt, aus dem Zusammenhang gerissen und gezielt instrumentalisiert werden. Schülerinnen und Schüler brauchen daher Medien- und Quellenkompetenz sowie religionskundliches Grundwissen, um solche Manipulationen zu durchschauen. Davon profitieren gerade religiöse Jugendliche, denen zugleich vermittelt wird, dass ihre Religion nicht mit extremistischen Auslegungen gleichzusetzen ist.

Schließlich sind Lehrkräfte, Sozialarbeiterinnen und Erzieherinnen oft allein gelassen, wenn sie Anzeichen von Radikalisierung wahrnehmen. Unsicherheit führt dann entweder zu Wegsehen oder zu Überreaktionen und Generalverdacht, beides schadet. Eine Fortbildungsoffensive, ein verbindliches Casemanagement-Verfahren und Supervision geben den Fachkräften Handlungssicherheit, ermöglichen frühzeitige und verhältnismäßige Interventionen und schützen sie vor Überlastung.

Der Antrag setzt damit die Forderung nach Bildung als Fundament der Fundamentalismusprävention um: Statt auf Repression allein zu setzen, stärkt er Prävention dort, wo sie am wirksamsten ist, bei jungen Menschen, in der Schule und mit gut qualifizierten Fachkräften.

Unterstützer*innen

Anas Al-Quraan (KV Düsseldorf); Lui Dosin (KV Dortmund); Svenja Kruse-Glitza (KV Düsseldorf); Astrid Wiesendorf (KV Düsseldorf); Barbara Flatters (KV Düsseldorf); Anne Jebbari (KV Wuppertal); Myrto-Christina Athanassiou (KV Düsseldorf); Sabine Yündem (KV Remscheid); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Silke Antelmann (KV Düsseldorf); Diana Hein (KV Düsseldorf); Anne Sommer (KV Düsseldorf); Frederik Franz Hartmann (KV Düsseldorf); Jürgen Waibel (KV Düsseldorf); Vincent Lohmann (KV Krefeld); Michelle Achour (KV Köln); Maximilian Vogel (KV Köln); Ali Bas (KV Warendorf); Susanne Meyer-Teschendorf (KV Bonn)